

Sebastian Braun

Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit

Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates

1

1. Einleitung

„Der Anstieg des *bowling alone* stellt für die Betreiber der Bowlingbahnen eine existenzielle Bedrohung dar, denn Ligaspieler konsumieren im Vergleich zu Einzelspielern dreimal so viel Bier und Pizza“, erklärt uns Amerikas Vorzeige-Kommunitarist Robert D. Putnam (1995, S. 70). „Die eigentliche soziale Bedeutung des Bowling liegt jedoch in der sozialen Interaktion und den gelegentlich bei Bier und Pizza ablaufenden Gesprächen über bürgerschaftliche Angelegenheiten, die bei Einzelspielern entfallen. Gleichgültig ob Bowlen für die Amerikaner attraktiver ist als das Wählen, ist es doch eindeutig, dass mit den Bowlingteams eine weitere Form des Sozialkapitals im Verschwinden begriffen ist“, so der Harvard-Professor weiter, der mit seinen Analysen über das soziale Kapital der USA seit den 90er Jahren zur Sensation in der westlichen Welt avancierte.

Dies gilt auch für Deutschland, wo Putnams Studien als „bahnbrechender Durchbruch“ (Habisch, 1996, S. 657) gefeiert wurden. Dieser Erfolg ist nicht zufällig; denn Putnam verbindet die seit Langem und immer wieder thematisierte Sorge über den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit der Suche nach Wegen der Solidaritätsproduktion. Mit dieser Thematik passten sich seine Analysen bestens in einen kulturpessimistischen Diskurs ein, der sich sukzessive an den so genannten Schattenseiten des viel diskutierten „Individualisierungsschubs von bislang unerkannter Reichweite“ (Beck, 1986, S. 116) abarbeitete.

Diesem Diskurs lieferte Putnam zunächst den empirischen Nachweis, dass Solidarität und Sozialität in den westlichen Demokratien längst verschwunden seien. Zahllose Begriffspaare wie z.B. „Sozialenergie“ (Helmut Klages) oder „soziale Bindekraft“ (Wolfgang Schäuble) vermengten Putnams Leitbegriff mit Erich Fromms berühmten Metapher vom „sozialen Kitt“, um in blumiger Sprache zu umschreiben, was der Gesellschaft offenbar abhanden gekommen war. Parallel dazu erlebten die alten Antipoden des Individualisierungsbegriffs – Anomie und Verelendung – eine seit der industriellen Revolution nicht mehr gekannte Renaissance.

Ganz in der amerikanischen Denktradition, nach der auf den Gemeinschaftsverlust neue und sogar „bessere“ Gemeinschaften folgen können, die indes nicht willkürlich entstehen, sondern mit sozialwissenschaftlicher Hilfe erzeugt werden, zeigte Putnam aber auch einen Ausweg: Stärkung der

Zitierweise: Braun, S. (2002) Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. *Arbeitspapier des Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement*. Zugriff am TT.MM.JJJJ unter <http://www.for-be.de/publikationen.html>. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine modifizierte Version eines bereits veröffentlichten Beitrags: Braun, S. (2002). Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30, 6-12.



Bürgergesellschaft, republikanischer Traditionen, der „community“ und des lokalen Assoziationswesens, so lautet seine Formel zur Schaffung neuen sozialen Kapitals, die er in einer „Agenda for Social Capitalists“ niederlegte (vgl. Putnam, 2000) und die hierzulande in medienfreundlichen Slogans popularisiert wurde – immer nach dem Motto: „Nicht nur das ökonomische Kapital, sondern ebenso das ‘soziale Kapital’ entscheidet über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ (Keupp, 2000, S. 17).

Soziales Kapital ist mittlerweile zur rhetorischen Trumpfkarte all derer geworden, die sich einerseits um den sozialen Zusammenhalt der vermeintlich hochindividualisierten deutschen Gesellschaft sorgen, die andererseits aber auch Hoffnung auf die Wiederbelebung von solidarischen Beziehungen, Netzwerken und sozialem Vertrauen in einer lebendigen Bürgergesellschaft hegen, die mit ihren unausgeschöpften Ressourcen die Leistung von Staat und Wirtschaft zu steigern vermöge. Denn zumindest in einem Punkt scheint hierzulande Einigkeit über die Bedeutung sozialen Kapitals zu bestehen: dass es – wie Claus Offe (1999, S. 118) als scharfsinnigster Theoretiker im deutschen Sozialkapital-Diskurs formuliert – „einen Beitrag zur (kollektiven) Wohlfahrt“ leiste, da es „einer wohlfahrtssteigernden sozialen und moralischen Kompetenz“ von Gesellschaften gleiche. Deshalb ließen sich auch „die über Raum und Zeit auftretenden Schwankungen in der Qualität politisch-administrativer und ökonomischer Performanz [...] durch das Niveau und die Verbreitung von Sozialkapital in einer Gesellschaft erklären“ (Offe & Fuchs, 2001, S. 417).

Erstaunlich an der euphorischen Debatte ist allerdings, dass ein grundsätzlich anderer Diskurs über soziales Kapital weitgehend ausgeblendet bleibt, obwohl er seit Jahrzehnten die gesellschaftspolitische Diskussion in Frankreich beherrscht. Zwar geht es auch in diesem Diskurs um soziale Netzwerke, Solidaritätsverpflichtungen oder gegenseitiges Vertrauen. Soziales Kapital bezeichnet dabei aber das Netz von Beziehungen, die dazu beitragen, dass Karrieren, Macht und Reichtum nicht nur auf individuellen Leistungen basieren, sondern auch auf herkunftsbedingten Gruppenzugehörigkeiten und anderen vorteilhaften Verbindungen im Sinne des „Vitamin-B“.

Dieser Diskurs hinterfragt also kritisch die offizielle Selbstrechtfertigung von modernen Gesellschaften, die Leistung zu ihrem vermeintlich einzig legitimen Maßstab der Statuszuweisung erhoben haben. Soziales Kapital gilt dabei als ein zentrales Element, das im Zusammenspiel mit anderen Sorten von Kapital zu sozialen Ungleichheiten in „Leistungsgesellschaften“ beiträgt. Diese Ungleichheiten haben in den öffentlichen Debatten jenseits des Rheins spätestens seit den 90er Jahren wieder an enormer Brisanz gewonnen, insbesondere in den heftigen Auseinandersetzungen über die „zunehmende Kluft zwischen der herrschenden Wirtschaftslogik und den von ihr mit verursachten gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen“ (Uterwedde, 1997, S. 27).

Beide Diskurse über soziales Kapital sind mit den Namen zweier prominenter Wissenschaftler verbunden: dem US-amerikanischen Politologen Robert D. Putnam und dem unlängst verstorbenen französischen Soziologen Pierre Bourdieu. Im Folgenden werde ich zunächst ihre Ansätze skizzieren, um den theoretischen Hintergrund der verschiedenen Diskurse über soziales Kapital zu verdeutlichen. Denn erst vor diesem Hintergrund lassen sich auch die politischen Diskussionen verstehen, die von

beiden Wissenschaftlern maßgeblich initiiert wurden und die mit je unterschiedlicher Stossrichtung das Problem des gesellschaftlichen Zusammenhalts thematisieren. Diese Gegenüberstellung erlaubt es abschließend dann auch, den angesprochenen Diskurs über den sozialen Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft differenzierter zu betrachten.

2. Soziales Kapital als Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Putnams Begriff *social capital* wurde zunächst durch seine Studie „Making Democracy Work“ (1993) bekannt. In ihr geht Putnam der Frage nach, weshalb 20 Jahre nach der italienischen Verfassungsreform die neu geschaffenen norditalienischen Provinzregierungen effektiver, effizienter und bürgernäher arbeiteten als die süditalienischen. Putnam sieht die Ursachen dafür weniger im höheren Wohlstand des Nordens als vielmehr im höheren sozialen Kapital, das bei ihm dreierlei bezeichnet: erstens soziales Vertrauen; zweitens Normen der generalisierten Reziprozität (im Sinne von: „ich helfe dir in der Erwartung, dass du mir in der Zukunft ebenso hilfst“); und drittens Assoziationen bzw. freiwillige Vereinigungen, in denen generalisierte Reziprozitätsnormen gepflegt und soziales Vertrauen aufgebaut würden.

Mit diesen Kernannahmen greift Putnam sowohl auf die klassische Demokratietheorie als auch auf Ansätze der Transaktionskostenökonomie zurück: Einerseits betrachtet er das Assoziationswesen als Grundpfeiler und Schule der Demokratie, da man in ihnen das Einmaleins demokratischen Handelns erlerne. Andererseits würden sich in Assoziationen Normen der Reziprozität und soziales Vertrauen herausbilden, die sich als generalisierte Reziprozität und generalisiertes Vertrauen über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckten und damit die Notwendigkeit zur sozialen Kontrolle reduzierten. Abbau von sozialer Kontrolle hieße aber auch Reduktion von Kosten, und zwar im staatlichen ebenso wie im ökonomischen Sektor.

Weniger abstrakt formuliert bedeutet das: „Fähigkeiten und Dispositionen wie Initiative, Aufmerksamkeit, Vertrauen, Organisationsfähigkeit, egalitäre Einstellungen und Toleranz gegenüber Fremden, die im Vereinsleben erworben und verstärkt werden, verbreiten sich über ihre jeweiligen sozialen, thematischen und temporären Entstehungszusammenhänge hinaus und können einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen politischen Kultur“ (Offe et al., 2001, S. 429f.) und zur Performanz von Staat und Wirtschaft leisten.

Im Mittelpunkt stehen dabei die „traditionellen“ Assoziationen wie z.B. Sport-, Gesang-, Musik- oder religiöse Vereinigungen. Denn nur in diesen kleinen lokalen Vergemeinschaftungen, so Putnam, bestünden vielfältige „face-to-face“-Interaktionen zwischen den Mitgliedern, so dass sich identifikatorische, solidargemeinschaftliche Bindungen herausbilden würden. In der aktiven Mitgliedschaftsrolle – und nicht in „egozentrierten“ Selbsthilfegruppen oder Scheckbuchmitgliedschaften – erlerne man jene Tugenden und Verhaltensdispositionen, welche die Kommunikation, Kooperation und das soziale Vertrauen innerhalb wie auch außerhalb der Assoziation



erhöhen (vgl. Putnam, 1995). Hier entstehe und regeneriere sich soziales Kapital, denn im Unterschied zu Sachkapital würde es sich nicht durch seine regelmäßige Anwendung verbrauchen, sondern als „Nebenprodukt“ gemeinschaftlichen Handelns erhöhen. Deshalb sieht Putnam in Mitgliedschaftsquoten einen zentralen Indikator zur Beurteilung des sozialen Zusammenhalts moderner Gesellschaften.

Mit diesem theoretischen Rüstzeug hat Putnam seine einflussreichen Analysen über die USA durchgeführt. Mit Hilfe von Zeitreihen-Vergleichen insbesondere zu Vereinsmitgliedschaften, bürgerschaftlichem Engagement und zum sozialen Vertrauen der US-Bürger versucht er nachzuweisen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt der USA seit den 60er Jahren erodiert sei. Hauptsächliche Ursache: die Nachkriegsgeneration der Baby-Boomer, die durch die Expansion des Fernsehens zu einer „uncivic generation“ degeneriert sei.

Denn für Putnam verursachte vor allem die moderne Medienindustrie jenen Übergang von der Bürgergesellschaft zur Massengesellschaft, in der der fernsehglotzende Konsummonade den kompetenten und engagierten Bürger ersetzt habe: „Jedes Jahr nimmt der Tod der amerikanischen Gesellschaft wieder eine Zahl engagierter Bürger weg, und die werden ersetzt durch wesentlich weniger engagierte Menschen. [...] Wenn wir also nicht bald etwas tun, dann wird das Problem immer schlimmer werden“ (1999, S. 8) – so Putnams moralisierende Kritik am Individualismus, der, wie er schreibt, den sozialen Zusammenhalt reduziere, Verantwortungslosigkeit fördere, Berechenbarkeit abbaue, das Gefühl der gemeinsamen Identität schwäche und damit die Fähigkeit der Gemeinschaft verringere, sich den gemeinsamen Problemen zu stellen (Putnam, 1996, S. 75).

3. Soziales Kapital als Basiselement von sozialer Ungleichheit

Dreht man die beiden Worte in Putnams Erfolgsbegriff um und spricht sie französisch aus, dann befindet man sich unversehens in einer anderen Welt: *Capital social* ist jenseits des Rheins Bestandteil eines breiten öffentlichen Diskurses über wachsende soziale Ungleichheiten und Deklassierungen, die den sozialen Zusammenhalt moderner Gesellschaften massiv gefährdeten.

Hintergrund dieses Diskurses bildet die mittlerweile klassische Gesellschaftstheorie von Bourdieu, die heute zur „culture générale“ im französischen Bildungssystem gehört. Bourdieus Thema sind die Mechanismen der Erzeugung und Erhaltung gesellschaftlicher Strukturen durch das Handeln der Menschen in der alltäglichen sozialen Praxis.

Um diese Mechanismen zu analysieren, führt Bourdieu den Kapitalbegriff in unterschiedlichen Erscheinungsformen ein. Neben dem *ökonomischen Kapital* (Geld, Landbesitz etc.) und dem *kulturellen Kapital* (Diplome, Zeugnisse, kognitive Kompetenzen etc.) unterscheidet er das *soziale Kapital*. Letzteres entstehe durch ständige „Beziehungsarbeit“ und umfasse all jene Ressourcen, die aus einem Netz dauerhafter Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens resultieren; „oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* beruhen“ (Bourdieu, 1983, S. 190f).



Bourdieu entwirft soziales Kapital also nicht wie Putnam als kollektives Gut von Gesellschaften, sondern als individuelle Ressource. Diese Ressource konzipiert er auf theoretischer Ebene als eigenständige Kapitalsorte. In der sozialen Wirklichkeit käme soziales Kapital aber nur gemeinsam mit den beiden anderen Kapitalsorten vor. Da es stets in Verbindung mit dem verfügbaren ökonomischen und kulturellen Kapital und deren Ungleichverteilung zwischen den Individuen wirke, trage soziales Kapital immer auch zum Erhalt oder zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten bei.

In zweifacher Hinsicht, so Bourdieu, bestehe aber prinzipielle Gleichwertigkeit zwischen den drei Kapitalsorten: Zum einen dienten sie alle dazu, die soziale Position des Einzelnen in der Hierarchie der gesellschaftlichen Klassen zu erhalten oder zu verbessern. Zum anderen ließen sich die Kapitalsorten ineinander umwandeln. So könne z.B. das erworbene Bildungskapital in Berufspositionen und damit in ökonomisches Kapital umgewandelt werden. Ökonomisches Kapital ließe sich wiederum in Geld umtauschen oder in Eigentumsrechten festschreiben. Darüber hinaus könne es die beiden anderen Kapitalsorten verstärken, etwa das soziale Kapital, da derjenige, der das notwendige Geld besitzt, auch über ein umfangreiches Beziehungsnetz verfüge. Kurzum: Bourdieu (1983, S. 184) versucht „die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital (oder, was auf dasselbe herauskommt, die verschiedenen Arten von Macht) gegenseitig ineinander transformiert werden“.

Exemplarisch dafür stehen Bourdieus Arbeiten über die Eliten Frankreichs, die über informelle und fest etablierte Assoziationen verfügen wie die Eliten in keinem anderen Land der westlichen Welt (vgl. Bourdieu, 1989). Hoher Korpsgeist, fast identische Königswegen im Bildungssystem und eine ähnliche soziale Herkunft zumeist aus der „Bourgeoisie“ erhalten die homogene, sich selbst reproduzierende Elite, die über politische Zugehörigkeiten hinaus Klassencharakter annimmt (vgl. Braun, 1999).

Das soziale Kapital einer solchen Elite manifestiert sich nicht nur in Förderungs- und Solidaritätsverpflichtungen oder im abgestimmten Ausschluss Gruppenfremder. Es trägt auch dazu bei, Transaktionskosten in Staat und Wirtschaft zu senken. Denn innerhalb des Eliten-Netzwerks erzeugt es Vertrauen, das unabhängig von der jeweils bekleideten Spitzenposition als Loyalitätsgarantie dient. Außerhalb des begünstigten Netzwerks kann dieses soziale Kapital aber auch Misstrauen erzeugen; denn die Grenze sozialen Kapitals wird durch normative Regeln und den öffentlichen Diskurs gezogen, der in Gefälligkeitsbanknoten, Vetternwirtschaft oder Seilschaften eine Verletzung universaler Normen sieht, die schlimmstenfalls in Korruption endet (vgl. Dederichs, 1999).

Ganz in diesem Sinne haben Erwin und Ute Scheuch mit ihrer Analyse des wieder hochaktuellen „Kölner Klüngels“ den Eliten in Deutschland ein Denkmal gesetzt (vgl. Scheuch & Scheuch, 1992) – „Cliquen“ und „Connections“, die seit den 90er Jahren abermals die gesellschaftspolitische Diskussion prägen. Denn die hohe Empfindlichkeit in Medien und Öffentlichkeit gegenüber der Vorteilsnahme in den Topetagen von Politik und Wirtschaft resultiert nicht zuletzt aus dem verbreiteten Misstrauen in der Bevölkerung, dass das Leistungsprinzip gerade von denjenigen unterlaufen wird, die versprechen, dass man durch mehr Leistung seine individuelle Lage und das hinkende Wirtschaftswachstum verbessern könne. Das Stichwort der „politischen Verdrossenheit“ entstand nicht zufällig in einer Zeit,

als sich die Skandale um die Kohls, Diepgens und Landowskis im Zeitraffertempo aneinander reihten (vgl. Vester, 2001, S. 100ff.).

4. Social capital und capital social – politische Konsequenzen zweier Konzepte

Mit einer Definition, die soziales Kapital als wohlfahrtssteigernde soziale und moralische Kompetenz der Gesellschaft begreift, verliert man soziale Ungleichheiten, zu denen soziales Kapital als individuelle Ressource immer beiträgt, leicht aus den Augen. Insofern ist es auch wenig überraschend, dass sich Putnam und seine international weit verbreitete Schule bislang kaum von Problemen der sozialen Ungleichheit provozieren ließen. Mehr noch: Putnam hat mit seinem Ansatz eine Weltversion erzeugt, der – wie US-amerikanische Sozialwissenschaftler zuletzt mehrfach kritisierten – selbst eine „elitäre Sichtweise“ von der sozialen Welt eingeschrieben ist (vgl. zusammenfassend Braun, 2001a, 2001b).

Denn für „The Strange Disappearance of Civic America“ macht Putnam (1996) in erster Linie die „non-elite classes“ (Pollit, 1996, S. 9) verantwortlich; und von ihnen fordert er mehr oder weniger explizit auch, durch Solidarität, Partizipation und Engagement in der assoziativen Lebenswelt den Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu kompensieren. Diese eindimensionale Sichtweise gewinnt nicht zuletzt durch die Einfachheit an Evidenz, mit der Putnam seine einfühlsam ausgebreiteten empirischen Daten auf einen Punkt konzentriert: auf den Erosionsprozess sozialen Kapitals. Diesen Prozess führt er ganz im Stile eines „leading communitarian thinker“ (Dana Milbank) auf einen abstrakten liberalen Individualismus zurück, der in Verbindung mit der Kulturindustrie den passiven TV-Zuschauer hervorgebracht habe.

Wenig beachtet wurde bislang hingegen jener gesellschaftsstrukturelle Wandel in politischer, ökonomischer und technologischer Hinsicht, der in den letzten Jahrzehnten gerade für die wirtschaftliche Erfolgsstory der USA so bedeutsam war: die Verkündung des Marktes und des Minimalstaates als einzig legitime und lebensfähige Zukunft. Die neo-konservative Wende in den USA, die den Menschen massive Veränderungen in ihren Arbeitsweisen, Lebensweisen und Vergemeinschaftungsformen zumuteten, wurde aber gerade nicht vom einfachen Bürger, sondern von Eliten in Wirtschaft, Politik, Administration und auch Wissenschaft forciert. Dass diese Zusammenhänge in dem von Putnam initiierten Sozialkapital-Diskurs bisher kaum diskutiert wurden, bezeichnet ein fundamentales Wirklichkeitsdefizit.

Diesem Defizit hat Jean Cohen (1999) unlängst eine explizit politische Stossrichtung verliehen. Demnach spielt dieser Diskurs all jenen in die Hände, die an zweierlei interessiert sind: einerseits daran, traditionelle und autoritäre Formen der Bürgergesellschaft (einschließlich des „klassischen“ Familienmodells) wiederzubeleben anstatt eine weitere Demokratisierung zu forcieren; und andererseits daran, die Institutionen des Wohlfahrtsstaates sukzessive zu zerschlagen anstatt sie reflexiv zu modernisieren. „Wer diesen Angriff nicht zu erkennen und zu analysieren bereit ist“, so



argumentiert David Held (2000, S. 87) in einem ähnlichen Zusammenhang, „ignoriert eine der größten Gefahrenquellen für die Freiheit in der gegenwärtigen Welt – die enorm angewachsene Ungleichheit“.

Genau diese Ungleichheiten, die aus dem Wandel gesellschaftsstruktureller Rahmenbedingungen resultieren, hat Bourdieu (1997) immer wieder ins Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeiten und zuletzt vor allem seines politischen Engagements gestellt. Exemplarisch dafür ist seine Untersuchung über „Das Elend der Welt“, in der es nicht nur um eine Kritik an den ökonomischen Ungleichheiten zwischen „Modernisierungsgewinnern“ und „Modernisierungsverlierern“ geht. Vielmehr wird anhand ausführlicher Interviews gezeigt, was Modernisierung für all jene bedeutet, die als Jugendliche chancenlos, als Facharbeiter überflüssig, als Landwirte ohne Erben, als Einzelhändler ohne Markt oder als Sozialarbeiter und Therapeuten in sozialen Brennpunkten vergeblich mit unmotivierten Jugendlichen arbeiten.

Diese Studie, die zum Bestseller in Frankreich avancierte, hat ihren politischen Sprengstoff vor allem darin, dass die Lebensgeschichte jedes Befragten „die Kluft zwischen Sorgen und Nöten des ‘Volkes’ und dem hiervon völlig abgehobenen und dadurch zynischen Diskurs der ‘Volksvertreter’ in ihrem ganzen, unüberbrückbar und unversöhnlich wirkenden Ausmaß zu Bewusstsein bringt und dadurch in eine offene gesellschaftliche Wunde unserer Zeit stößt“ (Schultheis, 1997, S.830). Denn in ihrer Zusammenschau verdichten sich die sehr verschiedenen Lebensgeschichten „von unten“ in einer radikalen Kritik an der Entwicklung moderner Gegenwartsgesellschaften, insbesondere an der schleichenden „Abdankung des Staates“ (Bourdieu, 1997, S. 211) aus seiner Verantwortung für das „Gemeinwohl“: von der sozialen Sicherung und der Durchsetzung von Verteilungsgerechtigkeit bis hin zu seiner Schiedsrichter- und Regelungsfunktion in der Arbeitswelt.

Insofern ist diese Studie auch eine fundamentale Kritik an jenen gesellschaftlichen Gruppen, auf die sich Bourdieu seit seinen Studien der 60er Jahre besonders konzentrierte: die Eliten, die für ihn den eigentlichen Schauplatz der sozialen und symbolischen Auseinandersetzungen darstellen. Denn bei der heutigen Verfassung der Gesellschaftsordnungen läge es prinzipiell in ihren Händen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit Verteilungsgerechtigkeit zu verbinden und in eine Kultur innen- und außenpolitischer Konfliktführung zu integrieren. Stattdessen ginge man aber, so Bourdieu (1997, S. 211), sukzessive „von einer staatlichen Politik, die auf eine Beeinflussung der Verteilungsstrukturen aus ist, zu einer Politik über, die nur noch eine Korrektur der Auswirkungen der ungleichen Ressourcenverteilung an ökonomischem und kulturellem Kapital zum Ziel hat, das heißt eine *Staatswohlthätigkeit* für die ‘würdigen Armen’ (*deserving poors*) wie zu den guten alten Zeiten religiöser Philanthropie“.

5. Soziales Kapital, soziale Ungleichheiten und die Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts

Es ist vor allem den empirischen Studien einer Forschergruppe um Michael Vester (2001) zu verdanken, dass auch in Deutschland eine profunde Diskussion über die Perspektiven

gesellschaftlichen Zusammenhalts geführt werden kann, ohne dabei ausschließlich in die Rhetorik von einem ungezügelt egoistischen Hyperindividualismus verfallen zu müssen, aus dem sich bislang die Sorge vor der „Auflösung des Sozialen“ speist.

Die umfangreichen, an Bourdieus Gesellschaftstheorie orientierten Studien dieser Gruppe machen zweierlei deutlich: Erstens belegen sie – entgegen der Individualisierungsthese von Ulrich Beck und den an ihn angelehnten Gegenwartsdiagnosen – keine Auflösung der sozialen Milieus in Deutschland. Im Gegenteil: Die Klassenkulturen in der alltäglichen Lebenswelt erweisen sich aufgrund ihrer Anpassungsfähigkeit an den sozialen Wandel als sehr stabil. Auffällig ist dabei der Zusammenhang zwischen dem Gesellungsverhalten der verschiedenen Milieus in ihrem lebensweltlichen Umfeld – in Vereinen, mit Verwandten oder Freunden wie auch in Abgrenzung gegenüber Anderen – und ihren gesellschaftspolitischen Grundeinstellungen. Ein bedrohliches Bild wird in diesem Kontext vor allem für den wachsenden Teil der Modernisierungsverlierer gezeichnet, die sich vom rasanten sozialen Wandel überrollt fühlten und starke Ressentiments gegenüber allem Modernen, der „großen Politik“ und nicht zuletzt gegenüber Ausländern hegten. Vor allem die jüngeren Modernisierungsverlierer ließen ihren ressentimentgeleiteten Aggressionen zunehmend freien Lauf und sympathisierten mit rechtsextremistischen Ideologien.

Zweitens – und damit eng verbunden – weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Hegemonien der Parteien in ihren „klassischen“ gesellschaftspolitischen Lagern erodieren. Insofern „haben wir auch heute *keine Krise der Milieus* (als Folge des Wertewandels), sondern *eine Krise der politischen Repräsentation* (als Folge einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus)“ (Vester, 2001, S. 13). Aber genau in dieser Phase würden die Eliten „dem aktuellen Problem sozialer Desintegration kein Konzept entgegenhalten [...] – außer Sparkonzepten, die die sozial Benachteiligten nicht hinreichend schützen und reintegrieren“ (Vester, 1997, S. 169). Insofern sei der gesellschaftliche Zusammenhalt vor allem durch zunehmende soziale Ungleichheiten und Deklassierungen gefährdet, dem nur durch eine aktivere Verantwortung der Eliten für soziale Gerechtigkeit begegnet werden könne.

Folgt man den Ergebnissen dieser Studie, dann erhält der Diskurs über den sozialen Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft eine andere Stossrichtung. Denn neben der gängigen Annahme, dass „in der ‘Hitze’ von Individualisierungsprozessen das Soziale, der Konsens ‘verdampft’“ (Beck, 1993, S. 159), avancieren offensichtlich die wachsenden sozialen Ungleichheiten abermals zu einem fundamentalen Problem der gesellschaftlichen Integration: von der strukturellen Massenarbeitslosigkeit über die wachsende Gefährdung des Lebensstandards der „Mittelschichten“ bis hin zur Konfliktverschärfung zwischen „Einheimischen“ und „Zugewanderten“ oder verschiedenen Klienteln des Wohlfahrtsstaates – eine Vielzahl anderer, teilweise längst überwunden geglaubter Ungleichheiten ließen sich hinzufügen. Dieser „moderne soziale Konflikt“ hat es, wie Ralf Dahrendorf betont, mit solchen Wirkungen sozialer Ungleichheit zu tun, „die die volle bürgerliche Teilnahme von Menschen mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Mitteln einschränken. Es geht also um Anrechte, die die Position des Bürgers zu einem erfüllten Status machen“ (1992, S. 62).



Es wird ersichtlich, konstatiert Bourdieu (1997, S. 215), dass der Rückzug des Staates unerwartete Wirkungen verursacht hat – Wirkungen, die zwar niemals beabsichtigt gewesen wären, die aber das Zusammenspiel der demokratischen Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fundamental bedrohten. Denn gerade in einer Zeit, in der es nicht um die Verteilung von Zuwächsen, sondern die Umverteilung der vorhandenen Ressourcen gehe, bestünde die eigentliche Herausforderung von Staat und Politik darin, das bisherige wohlfahrtsstaatliche Arrangement so zu reformieren, dass der generalisierte Anspruch auf Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft garantiert werden könne.

Es bleibt zu hoffen, dass der in Deutschland so einflussreiche Sozialkapital-Diskurs à la Putnam das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheiten zukünftig intensiver aufgreift und auf die Frage nach den Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenhalts bezieht. Vielleicht ist ja Putnams Resümee in einer unlängst vorgelegten internationalen Vergleichsstudie ein Anlass dafür. Zumindest heißt es dort, dass „die Besorgnis über die Ungleichheiten – vor allem über wachsende Ungleichheiten im Bereich des Sozialkapitals – [...] den vielleicht wichtigsten roten Faden der Länderstudien“ darstelle und deshalb der „Verteilung von Sozialkapital mehr Aufmerksamkeit“ (Putnam, 2001, S. 787) geschenkt werden müsse. Bourdieus Gesellschaftstheorie, die von Putnam und seiner Schule bislang weitgehend ignoriert wurde (vgl. dazu Braun, 2001a, 2001b), aber auch der von Bourdieu forcierte politische Diskurs würden dazu zweifellos genug Anknüpfungspunkte bieten.

Literatur

10

- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (1993). *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung* (2. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1989). *La Noblesse d'Etat. Grandes écoles et esprit du corps*. Paris: Minuit.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (S. 183-198). Göttingen: Schwartz.
- Bourdieu, P. u.A. (1997). *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UVK Univ.-Verlag.
- Pierre Bourdieu (1997). Die Abdankung des Staates. In P. Bourdieu u.a. (Hrsg.), *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (S.207-215). Konstanz: UVK Univ.Verlag.
- Habisch, A. (1996). *Was ist das Sozialvermögen einer Gesellschaft? Stimmen der Zeit*, 214, 670-680.
- Braun, S. (1999). *Elitenrekrutierung in Frankreich und Deutschland*. Köln: Strauß.
- Dahrendorf, R. (1992). *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Dederichs, A.M. (1999). *Das soziale Kapital der Leistungsgesellschaft*. Münster: Waxmann.
- Braun, S. (2001a). Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. *Leviathan*, 29 (3), 337-354.
- Braun, S. (2001b). Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. *Leviathan*, 29, S. 83-109.
- Cohen, J. (1999). Trust, voluntary association and workable democracy: the contemporary American discourse of civil society. In M. E. Warren (Ed.), *Democracy and Trust* (208-248). Cambridge: University Press.
- Keupp, H. (2000). *Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Jugendlichen*. München: Sozialpädagogisches Institut.
- Held, D. (2000) Die Rückkehr der Politik. Die wachsende Ungleichheit ist ein Angriff auf die politische Freiheit aller Bürger. In W. A. Perger & T. Assheuer (Hrsg.), *Was wird aus der Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Offe, C. (1999). „Sozialkapital“. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte* (S. 113-120). Berlin: Sigma.
- Offe, C. & Fuchs, S. (2001). Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In R.D. Putnam (Hrsg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich* (S.417-514). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Pollit, K. (1996). For Whom the Ball Rolls. *The Nation*, 9 (9).
- Putnam, R.D. (1996). The strange disappearance of civic America. *American Prospect*, 24, 34-48.
- Putnam, R.D. (1993). *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Putnam, R. D. (1995). Bowling Alone: America's Declining Social Capital. *Journal of Democracy*, 6, 65-78.
- Putnam, Robert D. (1996). „Symptome der Krise – Die USA, Europa und Japan im Vergleich“. In W. Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts* (S. 52-80). Berlin: Siedler.
- Putnam, R.D., (1999, November). *Niedergang des sozialen Kapitals? Warum kleine Netzwerke wichtig sind für Staat und Gesellschaft*. Vortragsmanuskript vom Symposium „denken – handeln – gestalten. Neue Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft“ der DG BANK am 23. und 24. November 1999) in Hannover, S. 8.
- Putnam, R.D. (2001). Schlussfolgerung. In R.D. Putnam (Hrsg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich* (S. 751-790). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Putnam, R.D. (2000). *Bowling alone. The collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.
- Scheuch, E.K. & Scheuch, U. (1992). *Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien*. Reinbek: Rowohlt.
- Schultheis, F. (1997). Deutsche Zustände im Spiegel französischer Verhältnisse. Nachwort zur deutschsprachigen Ausgabe. In P. Bourdieu u.a. (Hrsg.), *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (S. 827.838). Konstanz: UVK Univ.-Verlag.
- Uterwedde, H. (1997). Einführung zum Themenschwerpunkt: Gesellschaftliche Krise, neue Politik. In Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), *Frankreich-Jahrbuch 1996* (S. 25-33). Opladen: Leske + Budrich.
- Vester, M., Oertzen, P. von, Müller, D., Hermann, T. & Geiling, H. (Hrsg.). (2001). *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Michael Vester (1997), Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration. Kulturelle und soziale Ungleichheit als Problem von „Milieus“ und „Eliten“. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), *Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft* (Band II) (S. 169). Frankfurt am Main: Suhrkamp.